RUNBSCHREIBEN NR. 1 DER LEITUNG DER VUV

KAMPF DEM SUBJEKTIVISMUS UND DEMOKRATISMUS !

"Das Vorhandensein des Kampfes zweier Linien innerhalb der Partei während langer Zeit entspricht dem objektiven Gesetz der Entwicklung der innerparteilichen Widersprüche. Von Anfang bis Ende gibt es in allen Dingen Widersprüche, und die gegenseitige Abhängigkeit der einander widersprechenden Aspekte und der Kampf zwischen ihnen treibt die Entwicklung aller Deinge vorwärts. In der Klassengesellschaft existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf. Letzterer wird, wenn er seinen Niederschlag in der Partei findet, zum Kampf zweier Linien. Das ist der Grund, warum es den innerparteilichen Kampf stets gibt und warum man immer einige findet, die gegen die korrekte Linie kämpfen. Das ist kein Anlaß zur Verwunderung, im Gegenteil, es wäre merkwürdig, wenn alles glatt vonstatten ginge, alles in schönster Ordnung wäre. Es gibt in der Welt nichts absolut Reines, das gilt auc h für die Partei. Es gibt immer Staub auf dem Fußboden, selbst wenn er 24 Stunden am Tag gefegt wird. In zu reinem Wasser gibt es keinen Fisch." (PR 48/73, Der Kampf zweier Linien innerhalb der Partei wird immer weiterbestehen.)

Auch in der VUV nimmt der Kampf zwischen richtiger und falscher Linie lagsam Gestalt an und jeder Genosse muß die Fähigkeit entwickeln, die Erscheinungsformen der verschiedenen Ansichten zu analysieren, den Klassencharakter der einzelnen Politionen zu erkennen.

Seit der Aufnahme der Arbeit zeichnet sich das politische und organisatorische Leben der VUV durch eine Reihe chaotischer und anarchischer Züge aus: in den Plenas erleben wir stundenlange Debatten, deren Ziellosigkeit zu Lähmungserscheinungen führen, in manchen Sektionen erinnert der Diskussions- und Arbeitsstil eher an Plaudereien am Kaffeehaustisch, in anderen halten sich Motzereien und Zeitunglesen die Waage. Sicherlich sind eine Reihe von "objektiven" Ursachen für diese Schwierigkeiten verantwortlich: die VUV ist eine Organisation im Aufbau, in vielen ARbeitsbereichen sthen wir faktisch am Anfang, die entsprechend den Aufgaben festgelegte Organisations struktur erschwert die Vereinheitlicheung der Organisation.

Auf dem Boden dieser "objektiven" Schwierigkeiten kristallisieren sich aber subjektive Mängel, Probleme der bürgerlichen Weltanschauung, des schlechten Arbeitsstils, immer klarer heraus. Beim Plenum vom 22.9. fand dies seinen bisher schärfsten Ausdruch. Das zeigte sich bereits in der Diskussion über die Unterbergschule und die Änderung der Lage durch die "Bombendrohung". Viele Genossen waren der Auffassung, daß es Sache des Plenums wäre, sofort und in "Demokratischer " Weise durch Deponieren der in "pluralistischer Vielfalt" vorhandenen Meinungen Beschlüsse zu den aufgebrochenen taktischen Fragen zu fassen. Das korrespondierte mit einer tabula-rasa-Haltung zu den grundsätzlichen Fragen des Volksbildungswesens, als ob kein Arbeitsplan beschlossen worden wäre, als ob wir alle "auf der Nudelsuppe dahergeschwommen" wären, wie ein Genosse richtig bemerkte. Gleichzeitig wurde über die entsprechenden Leitungsorgane (VUV,RSB, KB) gemotzt, daß sie nicht sofort die fertige Lösung für die neue Situation auf den Tisch gelegt hätten.

In allen diesen Auffassungen drückt sich eine Unterschätzung unserer politisc hen Aufgaben, bzw. ein Zurückweichen vor diesen Aufgaben aus. Die einen meinen, ein 40-köpfiges Plenm würde sich spontan - weil auf die neue Fragestellung unvorbereitet - schon "zusammenraufen", die anderen, wir müssen die Sache zuerst einmal grundlegend, auf der Ebene der politischen Linie diskutieren, da gibt es ja noch so viele Unklarheiten - und verschieben damit das politsche Eingreifen auf den St. Nimmerleinstag, die dritten schließlich entziehen sich überhaupt jeder Verantwortung.
Bei der Debatte über die Wandzeitung, bzw. den organisatorischen Status des Gen. A.B. trat die Konsequenz dieser Anschauungen noch klarer zutage. Bei einer Reihe von Genossen als naiver, naturwüchsiger "Anarcho-Demokratismus", als deftiges "Stammtischpolitisieren". Diese Genossen übten Kritik am angeblich bürokratischen Vorgehen der LEitung (ist sie nicht doch eine provisorische?), warfen irgendwelchen Dunkelmännern böse Intrigen vor und schlossen schließlich mit der Hoffnung, daß durch die Einführung eines "demokratischen Zentralismus von unten nach oben" und wenn wir nur recht lang diskutieren, wir alle "Mißverständnisse" beseitigen und uns zusammenraufen könnten.
Andere Genossen waren "objektiv". Sie wollten jetzt endlich wissen, was mit dem Gen. A.B. wirklich los war, ob die Leitung da wirklich korrekt vorgegangen sei, alle Erkundigungen eingeholt hätte. Man müsse schließlich ausreichende Informationen haben, um die Sache klar entscheiden zu können. Der Liberalismus trat auch in anderer Gestalt auf. Nicht wenige Genossen hielten die diskussion einfach für "unnötig",

sahen in der Auseinandersetzung nur etwas, was den "Organisationsfrieden" stört oder die weitere pölitische Arbeit beindert. Daß wa sich hier um grundlegende Fragen handelte, die die Ausrichtung der Organisation bestimmen, erkannten sie nicht. Ihre zugestpitzteste, weil ideologisch verpachte Form fand diese Pošition im "Anti-konfuzianismus", als "Kampf gegen die Einführung des Rituals", als - sich auf das Statut der KPCh berufend - "gegen den Strom schwimmen".
Allen diesen Positionen liegt eine gemeinsame Grundhaltung zugrunde: Demokratie im Organisationsleben wird getrennt von den Aufgaben im Klassenkampf als "internes" Problem gesehen. Demokratie ist ein individuelles Grundrecht, ein Selbstzweck. Kommunisten haben halt eine konsequent demokratische Einstellung, das ist bei ihnen eine feststehende Verhaltensweise, eine nicht mehr begründbare Moral.
Von daher meinen dann viele Genossen, daß es v.a. darum geht, daß man gerecht behandelt wird und daß Versammlungen den Zweck haben, über alles, was einen bedrückt und interessiert, zu diskutieren und gleichzeitig das Informationsmiveau zu heben. Und weil man sich schon irgendwie zusammenrauft, kommt es dann zu Entscheidungen, die vom Leitungsorgan durchgeführt werden sollen. Das "gegen den Stom schwimmen" wird zum umfassenden und formalen Prinzip des Organisationslebens erklärt. Wer Verbindlichkeit verlangt, will ja nur "das Ritual einführen". Ausgangspunkt dieser Anschauung ist das persönliche Interesse am Wohlbehagen in der Organisation, dem Schutz der Meinungsfreiheit ohne Verantwortlichkeit. Die Organisation ist ja schließlich für einen da, eine Art Aufbewahrungsanstalt und Gesprächsrunde für kritische Geister. Das ist genau die Haltung von bürgerlichen Individualisten zu Fragen der Demokratie und des Meinungskampfes, die uns allen mehr oder weniger stark eingetrichtert wurde. Das ist die Ideologie der Bourgeoisie, die uns vormacht, Demokratie wäre ein Selbstzweck, um ihre Herrschaft zu verschleiern, das ist die wirklich "konfuzianische Menschlichkeit", das "Herrschen durch Tugend, nicht durch Gewalt".

Für Kommunisten stellt sich die Frage der innerorganisatorischen Demokratie nie formal und als Selbstzweck, sondern immer in engem Zusammenhang mit der politischen Linie. Demokratie une Zentrlaismus, offene Auseinandersetzung über die politische Linie der Beschlüsse und disziplinierte Durchführung dieser Beschlüsse, zentralistische Unterordnung einzelner unter die Organisation, der Minderheit unter die Mehrheit, der Organisation unter die Leitung haben den Zweck, bei größter Initiative Selbständigkeit und Schöpferkraft aller Teile der Organisation auf verbindlicher wissenschaftlicher Grundlage, einheitlich, rasch und entschlossen in die Kämpfe der Massen hineinzuwirken, ihre Impulse aufzunehmen und auf die historischen Ziele des Proletariats auszurichten. Mao Tse-tung formuliert das folgendermaßen: "Angesichts des gegenwärtigen großen Kampfes fordert die Kommunistische Partei Chinas, daß alle Leitungen sowie alle Mitglieder und Funktionäre ihre Aktivität in vollem Maße entfalten; nur dadurch kann der Sieg gesichert werden. Diese Aktivität muß konkret darin zum Ausdruck kommen, daß die Leitungen, die Funktionäre und die Mitglieder Schöpferkraft, Verantwortungsbewußtsein und Arbeitselan zeigen, daß sie den Mut haben und es verstehen, Fragen aufzuwerfen, Meinungen zu äußern, Mängel zu kritisieren sowie aus kameradschaftlicher Sorge die Tätigkeit der Leitungen und der führdenden Funktionäre zu kontrollieren. Andernfalls wird die Aktivität ... zu einem leeren Wort. Die Entfaltung dieser Aktivität hängt aber von der Demokratisierung des Parteilebens ab. Wenn es an einem demokratischen Leben in der Partei mangelt, bleibt die Entfaltung der Aktivität ein unerreichbares Ziel." (Der Platz der Kommunistischen Partei im Nationalen Krieg). Urd er erklärt an anderer Stelle, daß "die Kommunistische Partei nicht nur die Demokratie, sondern noch mehr den Zentralismus braucht", (Den Arbeitsstil der Partei verbessern). Denn ohne Zentralismus und Einheitlichkeit bleibt die Durchführung der Demokratie ohne Ziel. Bei der Entfaltung des demokratischen Zentralismus ist es daher notwendig, auf der Basis der Demokratie den Zentralismus zu stärken. Nur so ist es möglich, eine kommunistische Organisation aufzubauen, einen schlagkräftigen Kampfverband.
"Vor allen Dingen muß man auf die Gefahr der extremen Demokratisierung hinweisen, nämlich darauf, daß diese die Parteiorganisation schädigt oder sogar völlig zerstört und die Kampfkraft der Partei schwächt oder sogar völlig untergräbt., sodaß die Partei nicht mehr imstande ist, ihre Kampfaufgaben zu erfüllen, wodurch eine Niederlage der Revolution herbeigeführt wird. Ferner muß man feststellen, daß die Wurzeln der extremen Demokratisierung in der kleinbürgerlichen individualistischen Undiszipliniertheit zu suchen sind. Wenn diese Haltung in die Partei hineingetragen wird, so entwickelt sie sich politisch und organisatorisch zu ultrademokratischen Ansichten. Solche Ansichten sind mit den Kampfaufgaben des Proletariats von Grund auf unvereinbar." (Mao, Über die Berichtigung falscher Ansichten in der Partei).

Wir sehen, die Wurzel der falschen Positionen ist die bürgerliche Weltanschauung. "Nur wenn ein Kommunist auf der proletarischen Weltanschauung besteht und die Interessen der Partei und der Revolution immer an erste Stelle setzt, kann er, ein demokratisches Leben der Partei vorausgesetzt, es wagen, seine Ansichten über wichtige, d die Linie betreffende prinzipielle Fragen zu äußern und, von den Interessen der Partei ausgehend, auf Mängel und Probleme in unserer Arbeit hinweisen und Vorschläge machen; nur so kann er einen klaren Standpunkt beziehen und klipp und klar sagen, was er denkt. Gleichzeitig wird es die Beziehungen zwischendem Individuum und der Organisation, zwischen der Minderheit und der Mehrheit und zwischen unteren und höheren Ebenen richtig verstehen, auf die Geschlossenheit des Parteikomitees bewußt ac hten und dessen Beschlüsse durchführen. Die bürgerliche Weltanschauung aber ist mit dem demokratischen Zentralismus unvereinbar.. Jene, die diese Weltanschauung haben, können dem demokratischen Leben in der Partei gegenüber keine korrekte Haltung einnehmen, ebensowenig die Disziplin der Partei einhalten. Meist sprechen sie mit egoistischen Interessen im Hintergrund und behandlen auch die Probleme so, ausgehend von persönlichen Vor- und Nachteilen. Sie fordern von anderen Respekt, während sie selbst die anderen nicht achten. Sie fürchten sich vor der Verantwortung und der Möglichkeit, anderen nahe treten zu können. Sie ahben nicht den Mut, auf dem Richtigen zu bestehen und Falsches zu berichtigen." (Peking Rundschau 4/73, Der Demokratische Zentralismus in den Parteikomitees).

Die bisherige Arbeit der VUV, deren Schwierigkeiten nicht zuletzt in der Auseinandersetzung auf dem Plenum vom 21.9. zum Ausdruch kamen, hat die Notwendigkeit der VUV als Organisation zur Erziehung kommunistischer Intellektueller praktisch vor Augen geführt. "Man muß ... unterstreichen, daß sich der revolutionäre Geist eines jeden Menschen, der aus der Kleinbourgeoisie stammt, aber nicht auf die ideologischen Positonen des Proletariats übergegangen ist, seinem ganzen Wesen nach von dem revolutionären Geist des Proletariats unterscheidet, wobei dieser Unterschied häufig in einen Antagonismus hinüberwachsen kann." (Mao, Resolution on certain questions in the history fo our Party)

Die VUV ist eine kommunistische Massenorganisation in ihrer Aufbauphase. Wir müssen aus uns, einer Vielzahl von gutwilligen, aber oft noch unverbindlich arbeitenden Einzelnen mit politisch unklaren Vorstellungen einen schlagkräftigen kommunistischen Kampfverband schieden. Das geht nur, wenn wir vorangehen, um uns in die Kämpfe der Volksmassen einzureihen, unterstützend eingreifen und uns politisch mit ihnen auf der Grundlage des Programms der Arbeiterklasse verbinden.
Das heißt für die Sektionen und Projekte: Tätigkeitspläne erstellen, Beiträge für Agitation und Propaganda leisten, das öffentliche Auftreten vorbereiten, regelmäßig Berichte abfassen.
Das heißt für die Leitung, sich einen Überblick verschaffen über alle Tätigkeitsbereiche, Richtlinien auarbeiten, Beschlüsse vorbereiten, in Form von Dokumenten und Rundbrifen in die Organisation tragen. Wenn die Leitung derzeit Fehler macht, dann liegen diese nicht in ihrem Despotismus, sondern an ihrer mangelnden Entschlossenheit und Erfahrung.
Das heißt für die Organisation als Ganze: zu verschiedenen Fragen, z.B. Unterberger, § 144 usw. selbständig und einheitlich in der Öffentlicheit auftreten. Die Plenas zu Orten des Meinungskampfes machen über unsere gemeinsamen Aufgaben. Jeden Schritt auf der Grundlage von Beschlüssen setzen.
Für alle diese Aufgaben haben wir eine Grundlage, die programmatischen Positionen der Kommunisten und unsere Gründungsdokumente. Auf sie müssen wir uns beziehen, sie müssen wir überprüfen, konkretisieren und falls notwendig korrigieren. Wir müssen uns zusammenschließen und den Meinungskampf führen, verbindlich und geleitet von unseren Aufgaben. So kann entlang unserer Arbeit der demokratische Zentralismus entwickelt werden.

Beschluß der Leitung zum Status des Gen. A.B.

Die Leitung hat nach dem Plenum vom 22.9. die Aufnahme des Gen. A.B. nochmals diskutiert und hat folgendes beschlossen:

Genossen, die in wesentlichen Fragen der politischen Linie und der Taktik mit dem Stand punkt der Kommunisten übereinstimmen und ihre Bereitschaft zeigen, aktiv in der VUV mitarbeiten zu wollen, können als Kandidat aufgenommen werden, mit der Perspektive, nach einer entsprechenden Zeit der Bewährung, Mitglied zu werden. Die Aufnahme als Mitglied setzt zusätzlich voraus, daß ein Genosse in wesentlichen Fragen der politischen Lin ie und Taktik der Kommunisten Klarheit bes itzt und sie auch vertreten kann, daß er imstande ist, politische Aufgaben selbständig zu übernehmen und zu erfüllen und daß er aktiv am gesamten politischen Leben der Organisation teilnimmt, sowie die Bereitschaft zur Unterordnung unter die Organisation bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zeigt.

Solange die VUV ihre selbständige politische Arbeit noch nicht in vollem Umfang aufgenommen hat, müssen wir die Arbeit aller Genossen dort beurteilen, wo sie früher organisiert waren, bzw. wo sie als Sympathisanten mitgearbeitet haben.

Gen.A.B. war bis zum Sommer Mitglied der MLS mit besonderen Aufgaben in der Kommunistischen Fraktion des Indochinakomitees Wien. Als Mitglied der MLS hat Gen. A.B. eine Reihe von schwerwiegenden Fehlern gemacht. V.a. hat er sich nicht an den Schulungen der MLS beteiligt, hat kaum Plenas besucht und sich insgesamt kaum am gesamten Organisationsleben der MLS beteiligt. Angesichts objektiver Schwierigkeiten bei der Erfüllung seiner Aufgaben hat er nur in geringem Ausmaß versucht, selbst die Initiative zu ergreifen zu ihrer Bewältigung. Es kommt noch dazu, daß er - zuletzt auf dem Plenum vom 22.9. - zwar erklärt hat, seine Fehler zu korrigieren, gleichzeitig hat Gen. A.B. nicht versucht, seine Fehler als Mitglied der MLS zu kritisieren und sieht weiterhin die Gründe für seine Fehler in objektiven Schwierigkeiten (Berufstätigkeit).

Gen. A.B. wird daher als Kandidat in die VUV aufgenommen.

ZUM CHARAKTER VON PLENAS IN DER VUV

Da besonders beim Flenum vom 22.9. eine Reihe von Unklarheiten über den Charakter von Plenas und ihrer Bedeutung für das politische Leben der Organisation deutlich geworden sind, hält die Leitung es für notwendig, die Bedeutung der Plenas in der VUV noch einmal klarzulegen.

Plenas haben eine große Bedeutung im gesamten Organisationsleben der VUV. Die Plenas dienen den Mitliedern und Kandidaten der Organisation zur KLärung wichtiger politischer Fragen, zur Entfaltung und Vorantreibung des Meinungskampfes in der Organisation und damit zur politischen Vereinheitlichaung und Festigung der ganzen VUV.

Die umfassende Auseinandersetzung über die politische Linie und Taktik der Kommunisten ist für die VUV, wie für jede kommunistische Organisation von zentraler Bedeutung. Führen wir diese Auseinandersetzung nicht, werden wir nicht imstande sein, die einzelnen Aufgaben in den Sektionen und Projekten zu erfüllen, werden wir nicht imstande sein, in die Volkskämpfe auf dem Boden des Programms der Arbeiterklasse einzugreifen, werden wir nicht imstande sein, einen Beitrag zur Organisierung der Massen zu leisten. Uns wird es nicht gelingen, die bürgerliche Weltanschauung in unseren Köpfen zu bekämpfen und kommunistische Kader herauszubilden. Führen wir diese umfassende Auseinandersetzung nicht, so können wir uns auch nicht am Meinungskampf aller österreichischen Kommunisten organisiert beteiligen.

Diese wichtige Aufgabe können wir aber nicht im Rahmen der Sektionen und Projekte Wir haben die Sektionen und Projekte eingerichtet, um unsere Aufgaben besser wahrnehmen zu können, sie sind keine Grundeinheiten, die umfassend die kommunistische Politik wahrnehmen. Die politische Diskussion in den Sektionen und Projekten werden auf die Erfüllung dieser Aufgaben ausgerichtet. Die umfassenden politischen Auseinandersetzungen können wir nur in der gesamten VUV organisiert angehen. Dazu sollen die Plenas dienen.

Die Wichtigkeit der Plenas für das gesamte Organisationsleben macht es notwendig, daß in regelmäßigen Abständen Plenas abgehalten werden (wöchentlich oder 14-tägig), daß die Teilnahme für alle Mitglieder und Kandidaten verpflichtend ist und daß alle Genossen an die Vorbereitung und die Diskussion bei Plenas mit dem gleichen Ernst herangehen, der für die Erfüllung aller Aufgaben nötig ist. Nur wenn es uns gelingt, den Plenas die Bedeutung zu geben, die ihnen im gesamten Organisationsleben der VUV zukommt, werden wir bei der Erfüllung unserer Aufgaben als kommunistische Massenorganisation vorankommen.

Zusätzlich haben Plenas eine große Bedeutung bei der Heranführung von Sympathisanten an die Organisation. Durch die Beteiligung an den politischen Diskussionen bei Plenas können sich Sympathisanten der VUV Klarheit über die Richtigkeit der politischen Linie der Kommunisten und ihr Herangehen an die wichtigsten aktuellen Fragen verschaffen und ihre Entschlossenheit vertiefen, aktiv in der VUV mitzuarbeiten.
Die Teilnahme an den Plenas kann für jene Sympathisanten ein weiterer Schritt zum Eintritt in die VUV sein, die durch ihre Mitarbeit bei Sektionen und Projekten, durch die Arbeit in der Stadt, durch die Teilnahme an der Sympathisantendiskussion ihre Entschlossenheit zeigen.

Die MV ist das höchste beschlußfassende Organ der VUV. Auf der MV geben wir uns Rechenschaft über unsere politische Arbeit ab, leben Positionen zu wichtigen politischen Fragen beschlußmäßig fest und bestimmen dən Arbeitplan der gesamten Organisation entlang der politischsen Linie des KB für eine bestimmte Periode.
Zwischen den MVs nimmt diese Aufgabe die Leitung wahr.

UNTERBERGERKAMPAGNE

1.Bis zum Zeitpunkt der Planung der Kundgebung und des Komitees ist es uns überhaupt nicht gelungen die Bewegung zu analysieren und unsere Agitations-Propaganda-und Organisierungstatigkeit auf Grund dieser Analyse zu gestalten. Das heißt, daß wir ständig auf die Maßnahmn Klimpts reagiert haben, den Ereignissen dann natürlich nachgehinkt sind und wir keinerlei Initiative ergreifen konnten. Dementsprechend chaotisch verlief die Arbeitin den Schulen und bei den Ständen. Ständig trafen neue "Hiobsbotschaften" aus der Schule ein und wir wußten nicht weiter. Besonders krass trat dies zu Tage, als Klimpt gleich zu Beginn des Schuljahres drei weitere Schüler mit dem Rausschmiß bedrohte.

2.Die Grundlage aller Fehler war, daß wir die Frage nicht als Volksfrage sondern als Schülerfrage behandelt haben. Die Vorfälle am BRGXX wurden weitgehend als isolierte Maßnahmen eines besonders reaktinären Direktors dargestellt, gegen den sich die Schüler jetzt wehren müssen. Die Versuche den Menschen klar zu machen, daß es sich hier nicht um ein einzelnes Phänomen handelt, mußten bei diesem Ausgangspunkt scheitern und in Apellen münden: "Es wäre völlig falsch zu glauben, den breiten Volksmassen könn ein derartiger Vorfall egal sein.......Jeder der kein Ausbeuter ist, muß ein Interesse daran haben, daß es in den Schulen Kräfte gibt, die sich dagegen zur Wehr setzen, daß sie zu Volksfeinden erzogen werden sollen...." "Dieser Kampf ist unser aller Kampf" Dieser Fehler spiegelte sich im Auftreten wieder. Es wurde zuerst gar kein Auftreten im Stadtteil geplant, Unterschriften wurden hauptsädlich in den Schulen gesammelt. Die Bewegungen im Kampf um die Schulen sind aber nicht richtig zuleiten und auf umfassende politische Ziele auszurichten, wenn die Komm. nicht eine kontinuierliche Arbeit im Stadtteil aufnehmen. Nicht nur die Schüler, sondern die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen sollen über die Schule entscheiden!

3.Im Herbst tauchte der Fehler von den Schülern auszugehen in veränderter Gestalt wieder auf. Jetzt gingen wir, statt von den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes isoliert von der AHS und dem Problem der Elitebildung aus.
Der gutgemeinte Versuch Fehler zu korrigieren und die demokratischen Forderungen zu propagieren(das war in keinem der Flugblätter-außer Klaka Nr 19-auch nicht im Klassenkampfartikel geschehen) mußte bei diesem Ausgangspunkt scheitern. Die Argumentation lief etwa so: Ja wir sind gegen die Elitebildung, da werden die Kinder so erzogen, daß sie auf das Volk herunterschauen. Deshalb sind wir ja auch für die Einheitsschule.."
Richtig und erfolgreich kann unsere Propaganda-, Agitations-und Orggnisierungstätigkeit nur sein, wenn wir von den Interessen der Arbeiterklasse ausgehen. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse an einer Schule, die dem bürokratischen Apparat des bürgerlichen Staates unterworfen ist, in dem die Bildung der breiten Volksmassen auf dem Mindestmaß gehalten wird, daß die Wahrung der Profitinteressen gewährleistet ist. Die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen haben kein Interesse daran, daß ihre Kinder in überfülltenKlassen mit bürgerlicher Ideologie vollgestopft werden. In so einem Schulsystem hat natürlich auch die Elitebildung in der AHS ihren Platz. Wir setzen diesem Schulsystem die Forderung nach Einheitsschule entgegen, weiljeder befähigt werden soll, seine politischen Rechte wahrzunehmen, sich aktiv am Klassenkampf zu beteiligen. Wir kämpfen gegen Klimpt, weil wir darauf hinarbeiten müssen, daß das Volk das Recht für sich in Anspruch nimmt, die Schulaufsicht und die Entscheidung über einzelne Lehrer wahrzunehmen.

4.Nach der Bombendrohung hatten sich die Widersprüche weiter zugespitzt. Klimptbegann, durch die Bewegung unter den Schülern und in der Bevölkerung aufgeschreckt, wild um sich zu schlagen. Er bespitzelte und schikanierte Eltern und Schüler mehr als zuvor. Die Rausschmisse aus der Unterbergerschule waren im ganzen Bezirk bekannt. Die Genossen

bei den Ständen stellten immer öfter fest:Den Menschen genügt das Unterschreiben nicht,sie sind gegen die Disziplinierungen und Schikanen,sie sind für die freie politische Meinungsäußerung in Ausbildung und Beruf.Vor allem wenden sie sich gegen Klimpt,den ja viele im Bezirk aus eigener Erfahrung kennen.Viele haben erkannt:So ein Direktor,der gegen die Interessen des Volkes handelt,gehört weg! Diesen Unmut gegen den Direktor,die Unzufriedenheit mit dem Schulwesen insgesamt,missen die Kommunisten organisieren.Deshalb nahmen wir auf die Gründung eines Komtees Kurs.Solche Komitees sind ein gutes Mittel die Bevölkerung im Stadtteil im Kampf gegen das Schulwesen zusammenzufassen.Im Komtee werden die aktivsten,entschlossensten Teile der Bevölkerung zusammengefaßt.Grundlage des Komitees sind die Forderungen:Schluß mit der politischen Verfolgung am Brg XX, Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf,Weg mit Klimpt Die Forderung:Weg mit Klimpt!spitzt die Unzufriedenheit mit den volksfeindlichen Maßnahmen des Direktors zu und lenkt sie in die Richtung,daß die Bevölkerung das Recht für sich in Anspruch nimmt, volksfeindliche Lehrer abzusetzen.Das Komitte muß versuchen,immer mehr Menschen zur Durchsetzung dieser Forderungen zu gewinnen und dazu selbständige Initiativen ergreifen.

Aufgabe der Komm. im Komtee ist es,ständig die Forderungen der Arbeiterklasse in das Komitee zu tragen und die Mitglieder ständig für diese Forderungen zu gewinnen versuchen.Wir dürfen nicht stecken bleiben bei der Forderung:Weg mit Klimpt!,sondern wir müssen ständig zeigen,daß es notwendig ist,daß das Volk die Schulangelegenheiten selbst in die Hand nimmt.Wir dürfen hier wie überall nicht in den Fehler verfallen,den Kampf um "demokratischere Zustände im Kapitalismus " zu führen,sondern wir müssen zeigen,daß die Zustände im Schulwesen eine notwendige Erscheinung in einem Staat sind,der dzu da ist,die ökonomische Ausbeutung der Arbeiterklasse zusichern,und dazu die Arbeiterklasse und das Volk in allen Bereichen niederhaten und unterdrücken muß.

Wir müssen uns über die Schwierigkeiten im Komitee und bei der Komiteebildung im Klaren sein:Die Voraussetzungen sind einerseits günstig,die Unzufriedenheit mit dem Schulsystem,im Bezirk dzt.besonders mit den Maßnahmen Klimpts,ist groß,der Fall ist im ganzen Bezirk bekannt.Andrerseits wurden viele Fehler in der Agitations - und Propagandaarbeit gemacht.Es ist überdies für die Bevölkerung ein schwieriger Schritt sich in einem Komtee zu organisieren und aktiv für ihre Meinung einzutöten.

Diese Situation erfordert große Anstrengungen aller,nicht nur der Genossen,die im Komitee mitarbeiten.Gerade jetzt zeigt sich im Schulwesen deutlich die Unfähigkeit des bürgerlichen Staates durch Reformen die Misere im Schulwesen zu verändern.Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wächst.Die Aufgabe der Organisationen wird es vor allem sein,sich intensiv mit der Schulfrage auseinanderzusetzen und verbindliche Richtlinien für das Auftreten der Kommunisten in Schulfragen auszuarbeiten.

ZUR KAMPAGNE FÜR DIE ERSATZLOSE STREICHUNG DES § 144

Die VUV palnt für Ende Oktober, Anfang November eine Kampagne für die ersatzlose Streichung des §.144. Dies wird unser erstes öffentliches Auftreten als selbstständige Organisation sein und nur die ernsthafte Vorbereitung jedes einzelnen Mietgliedes und Kandidaten wird die Voraussetzungen schaffen, um die Organisation einen großen Schritt voranzubringen.

1. Wenn wir Kommunisten für die ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen(und damit natürlich der Fristenlösung) eintreten, dann tun wir dies nicht einfach, um ein Unracht, einen Mißstand zu beseitigen, sondern weil wir die Gängelung und Bevormundung durch den bürgerlichen Staat entschieden bekämpfen. Indem wir xxxxxxxxxxxxxxxxx den Kampf gegen die staatliche Bevormundung in den Vordergrundxxxxxxx rücken, vertiefen wir den Widerspruch zum bürgerlichen Staatsapparat in den die Volksmassen bei der Druchsetzung ihrer Lebensinterxxxx essen spontan geraten. In diesen Kämpfen machen wir den Massen klar, daß das kapitalverhältnis, die Ausbeutung der proletarier durch die Kapitalisten, Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt ist, des gesellschaftlichenxxeElends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Rechtlosigkeit - und daß die Eroberung derpolitischen Macht durch das Proletariat notwendig ist, um dieses Ausbeutungsverhältnis zu beseitigen.

"Das Recht der Ehescheidung wird im kampitalismus xx in der Mehrzahl der Fälle nicht realisierbar sein, denn das unterdrückte Geschlecht ist ökonomisch geknechtet, denn die Frau bleibt im Kapitalismus, wie die Demokratiex auch geartet sein mag, die "Haussklavin", die im Schlafzimmer, Kinderstube undxxxxx+Küche eingesperrte Sklavin Das Recht,"eigene" Volksrichter, Beamte, Lehrer, Geschworene usw. zu wählen, ist infolge der wirtschaftlichen Knechtung derArbeiter und Bauern im Kapitalismus nicht zu realisieren..... Die Marxisten wissen....,daß die Demokratie die Klassenunterdrückung nicht beseitigt, sondern lediglich den Klassenkampf reiner, breiter,offener , schärfer gestaltet, und das ist es, was wir brauchen. Je vollständiger die Freiheit der Ehescheidung, umso klarer ist es der Frau, daß die Quelle ihrer "Haussklaverei" der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit. Je xxx demokratischer die Staatsordnung, umso klarer

ist es den Arbeitern, dass die Wurzel des Übels der Kapitalismus ist und nicht die Rechtlosigkeit." (LW 23, S. 67 f)
Heute müssen wir alle jene Kämpfe unterstützen, in denen das Volk beginnt, sich gegen den bürgerlichen Staat demokratisch zusammenzuschliessen und gegen den Staat Rechte geltend zu machen und in Anspruch zu nehmen. Gelingt es in den Kämpfen des Volkes die Demokratie zu entwickeln, dann schafft das gleichzeitig die besten Bedingungen dafür, dass die Kommunisten in diesen Kämpfen ihre Auffassungen darlegen können, die Inhalte der Kämpfe erweitern und sich fest mit den Massen verbinden können.

2. Aus dem oben gesagten ergibt sich, dass wir uns in der Agitation und Propaganda keineswegs mit der Erklärung der Forderung "Ersatzlose Streichung..." begnügen dürfen. Vielmehr müssen wir eine allseitige politische Agitation und Propaganda entfalten, wir müssen umfassend alle jene gesellschaftlichen Ursachen und Zustände enthüllen, die grosse Teile des Volkes immer wieder zur Abtreibung zwingen, wir müssen umfassend die Massnahmen des bürgerlichen Staates aufzeigen, mit denen er das Volk durch Bevormundung und Kontrolle zu spalten und zu unterdrücken versucht und so hinter dem Rauchvorhang der bürgerlichen Ideologie den Klassencharakter des bürgerlichen Staates sichtbar machen. Nur wenn es uns gelingt, die Zustände von allen Seiten her anschaulich zu beleuchten, werden wir tatsächlich die Massen in dieser einzelnen Teilfrage auf der richtigen Linie zusammenschliessen und organisiert in den Kampf um die Abschaffung des § 144 führen.

3. Die Bedingungen dafür sind keineswegs ungünstig. Insgesamt steigt in den Volksmassen die Unzufriedenheit über die volksfeindlichen Massnahmen, überall spüren sie den verstärkten Zugriff des bürgerlichen Staates. Der massive Angriff auf die Abtreibungs"reform" durch die Aktion Leben wird die Regierung zu Scheingefechten zwingen. Hier müssen wir auftreten und den Kampf gegen staatliche Bevormundung und Kontrolle, für die ersatzlose Streichung des § 144 als klare Alternative herausarbeiten.
Wir wollen dabei die Menschen nicht nur von der Richtigkeit unserer Ideen überzeugen, sondern organisiert zusammenfassen. Unser gesamtes Auftreten darf daher kein rein propagandistisches sein, es muss zugespitzt werden darauf, die Menschen zu unseren Veranstaltungen ein-

zuläden, zur aktiven Beteiligung zu gewinnen. Wie weit es möglich sein wird, Kommitees aufzubauen hängt nicht zuletzt von unserem Auftreten ab, die Kommiteebildung muß jedenfalls ins Auge gefaßt werden. und im Verlauf der Kampagne genauestens geprüft werden.

4. Sicherlich gibt es eine Menge Illusionen über die Verbesserungen, die die Fristenlösung und eine Reihe von "familienfreundlichen" Reformen(Kindergeld,Mutterschutz etc.) bringt. Gerade hier gilt es, den Charaktet dieser Maßnahmen herauszuarbeiten, und die zu konfrontieren mit dem, was wirklich die Interessen der massen sind, was das Volk wirklich braucht. Das projekt, das mit der Frage betraut ist, wird alle diese Maßnahmen genauestens untersuchen und rechtzeitig ein Infprmationspapier dazu herausgeben.

5. Wir werden bei den Ständen eine Broschüre verkaufen, die Richtschnur unserer Agitation und Propaganda sein wird. Anhand dieser Broschüre, die um den 25. Oktober erscheinen wird, und so auf jeden Fall die gründliche Vorbereitung jedes einzelnen Genossen ermöglicht, wird es dann sinnvoll sein, die einzelnen Forderungen(die genauestens überlegt und anhand der derzeitigen Bestimmungen überprüft werden müssen im Detail zu diskutieren.